



# Internationaler Gewerkschaftsbund Weltweite Umfrage 2017



ITUC CSI IGB

Internationaler Gewerkschaftsbund

Forschungsarbeit von

**KANTAR PUBLIC**



---

# Über diesen Bericht

---

Die Ergebnisse basieren auf der 2017 durchgeführten Weltweiten Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Diese vom IGB in Auftrag gegebene Umfrage folgt auf die 2012, 2013 und 2014 durchgeführten Untersuchungen sowie auf die Frontline-Umfragen des IGB in den Jahren 2015 und 2016. In die Umfrage wurden Erwachsene (18 Jahre und älter) in Argentinien, Belgien, Brasilien, Kanada, China, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Guatemala, Indien, Japan, Russland, Südafrika, Südkorea, dem Vereinigten Königreich und den USA einbezogen. In jedem Land wurden etwa 1.000 Online-Befragungen durchgeführt, mit Ausnahme von Guatemala, wo 500 Personen befragt wurden. Insgesamt wurden 15.728 Personen befragt.

In jedem Land wurden Quotenstichproben verwendet, um eine repräsentative Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Region widerzuspiegeln. Die Ergebnisse dieser Untersuchung spiegeln die Meinungen von 3,9 Milliarden Menschen wider, was Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge rund 53 Prozent der Weltbevölkerung entspricht.

Anker Solutions war für die Ausarbeitung der Fragen, die Auswertung und die Berichterstellung verantwortlich. Kantar Public hat zwischen dem 20. Februar und dem 6. März 2017 die Feldarbeit durchgeführt.

Die Weltweite Umfrage des IGB 2017 bezieht sich auf 16 Länder aus fünf verschiedenen Kontinenten. Die Ergebnisse wurden global analysiert und stellen den Durchschnitt der 16 Länder dar. Zudem wurden länderspezifische und regionale Analysen vorgenommen (BRICS, G20, Gesamtamerika, Asien, Europa). Auf sozioökonomischen Daten basierende Ergebnisse (Alter, Geschlecht, Bildungsniveau) und Kreuztabellen mit Fragen zu Einkommen und Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit wurden ebenfalls untersucht.

Die Fragen wurden in fünf Themengruppen zusammengefasst, die die Grundlage der Schlüsselergebnisse dieses Berichtes bilden.

**Dies ist eine Zusammenfassung der Weltweiten Umfrage des IGB 2017. Der vollständige Bericht findet sich in englischer Sprache unter [www.ituc-csi.org](http://www.ituc-csi.org)**



Anker Solutions war für die Auswertung und die Berichterstellung zuständig.

## KANTAR PUBLIC=

Kantar Public hat zusammen mit renommierten Partnern vor Ort in jedem beteiligten Land die Feldarbeit koordiniert.

# Methodik

Land		Stichprobenumfang	Gesamtbevölkerung 18 und älter	Internetverbreitung
Argentinien		1.023	31.328.793	79,4%
Belgien		1.011	8.927.362	85%
Brasilien		1.005	150.615.834	67,5%
Kanada		1.015	28.969.763	93,3%
China		1.013	1.096.518.068	52,7%
Dänemark		1.001	4.448.799	96%
Frankreich		1.015	51.600.975	83,8%
Deutschland		1.013	68.068.043	88,4%
Guatemala		507	9.104.327	34,9%
Indien		1.001	861.233.726	34,4%
Japan		1.012	106.658.434	94%
Russland		1.018	114.030.607	70,5%
Südafrika		1.018	36.519.463	51,6%
Südkorea		1.051	42.719.547	89,4%
Vereinigtes Königreich		1.011	51.137.819	91,6%
USA		1.014	252.842.238	88,6%

# Vorwort

Die Globalisierung steckt in Schwierigkeiten, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit in Schwierigkeiten stecken und die Menschen Regierungen, die ihnen nichts Neues zu bieten haben, einfach nicht vertrauen.

Auf allen Kontinenten haben die Menschen Angst vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze, und wenn 83 Prozent der Menschen in 13 Ländern der G20 der Ansicht sind, dass der Mindestlohn nicht ausreicht, um davon zu leben, dann können Ungleichheit und Instabilität nur noch zunehmen.

Die Erwerbsbevölkerung ist extrem besorgt, und 45 Prozent der Befragten in G20-Ländern haben kaum Hoffnung, dass ihre Kinder einen guten Arbeitsplatz finden werden.

Das reichste Prozent wird generell als Urheber der weltweiten Profitgier hingestellt, aber auch als an den Hebeln der Macht sitzend, während die Regierungen an Macht verloren haben.

Diese Untersuchungen werden durch das bestätigt, was uns die Beschäftigten entlang der Lieferketten großer Konzerne auf allen Kontinenten berichtet haben. Die Menschen lassen sich dabei von Regierungen, die sich auf keine gemeinsamen Positionen verständigen können, nicht täuschen, sondern wissen, dass die Staaten, wenn sie gemeinsam handeln würden, für menschenwürdige Arbeit sorgen könnten und die Welt sicherer wäre.

Die Botschaften an die G20, an alle Staaten und die internationalen Institutionen ist eindeutig. Die Menschen wollen globale Regeln für globale Lieferketten und dass multinationale Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden. Sie wollen einen Mindestlohn, von dem sie in Würde leben können. Sie wollen Investitionen in Arbeitsplätze für sich und ihre Kinder, und sie wollen Sozialschutz für alle.

Und sie wollen, dass die Regierungen etwas für den Klimaschutz tun.

Wird die G20 die unerlässliche Führungsrolle übernehmen? Werden die Konzerne durch die neuen Regeln zur Verantwortung gezogen werden, die Sorgfaltspflicht, Beschwerdemöglichkeiten und Abhilfe zur Auflage machen und in den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte verankert sind?

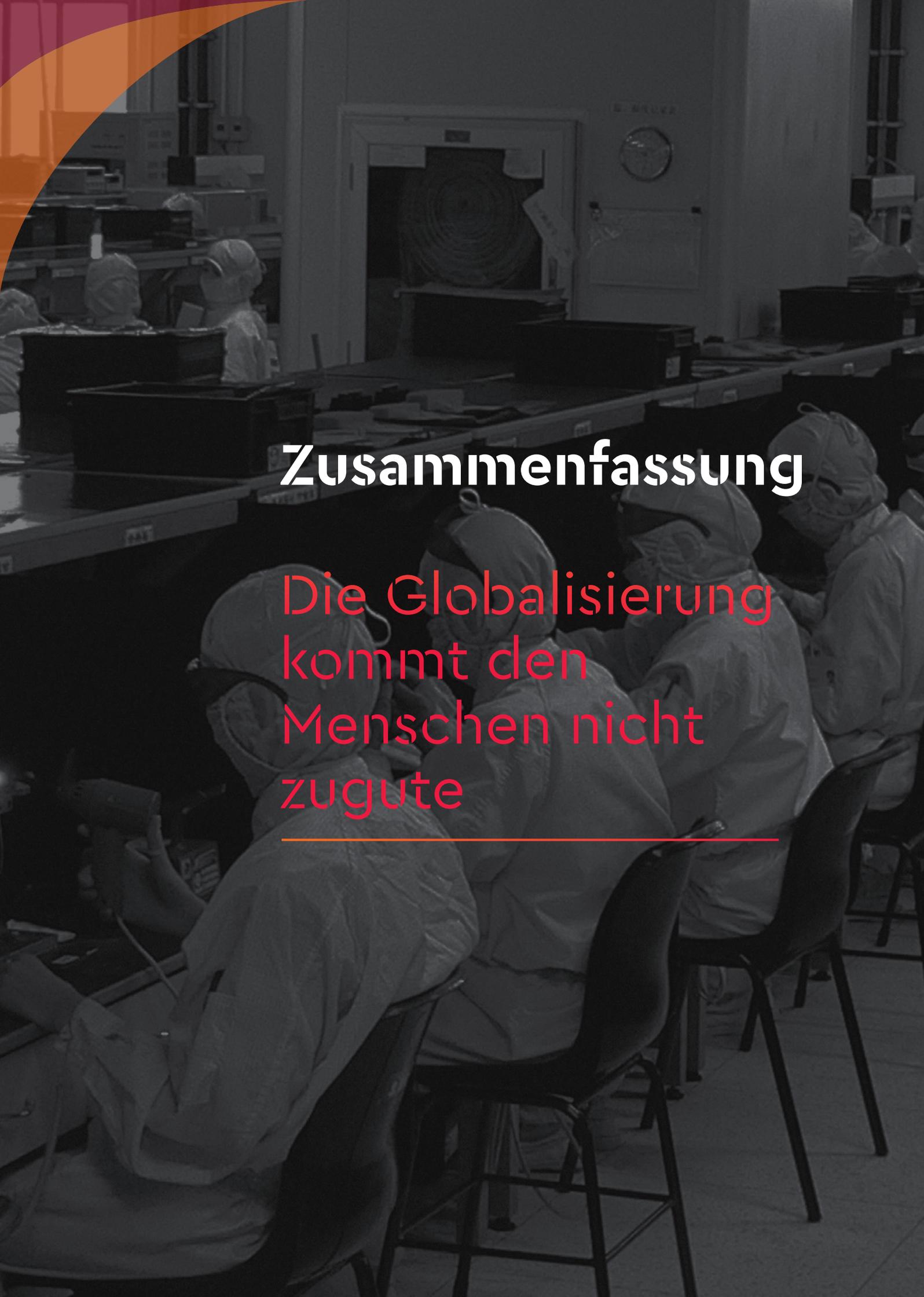
Die Welt braucht eine Lohnerhöhung, und die Staaten müssen aufhören, den Lohndiebstahl der Konzerne zu schützen, der die Profitgier antreibt und die Ungleichheit verschärft.

Die Weltweite Umfrage des IGB 2017 macht die Defizite an menschenwürdiger Arbeit und die Hoffnungslosigkeit zu vieler Menschen deutlich, weist aber auch einen Weg zu der sicheren und wohlhabenden Welt, die uns mit den Nachhaltigkeitszielen der UN und dem Pariser Klimaschutzabkommen versprochen wurde.

Alles, was wir brauchen, sind der politische Wille und rechtsstaatliche Verfahren.

**Sharan Burrow** Generalsekretärin, Internationaler Gewerkschaftsbund





# Zusammenfassung

Die Globalisierung  
kommt den  
Menschen nicht  
zugute

---

# Zusammenfassung – Die Globalisierung kommt den Menschen nicht zugute

Während viele Spitzenpolitiker/innen und öffentliche Debatten bei der Besorgnis der Menschen um Arbeitsplätze und Löhne ansetzen, um auf eine nationalistische Abschottung hinzuwirken, macht die Weltweite Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) 2017 deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in 16 Ländern auf fünf Kontinenten, in denen die Hälfte der Weltbevölkerung lebt, dafür sind, dass die Staaten internationale wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitnehmerrechte und -interessen zu schützen.

Was Länder in unterschiedlichen Entwicklungsstadien, von Guatemala bis zu den USA, von Dänemark bis Südafrika, von Japan bis Indien, miteinander verbindet, ist die Forderung an die Regierungen nach der Eindämmung der Macht der Unternehmen.

Die Regeln der Weltwirtschaft werden verzerrt, um die Interessen des reichsten Prozents und der Unternehmen denen erwerbstätiger Menschen überzuordnen. Die Menschen wollen, dass ihre Regierungen die Wirtschaftsregeln neu definieren, um Wachstum und geteilten Wohlstand zu fördern.

## WELTWEITE BESORGNIS

Die Besorgnis der Menschen macht ein globales Regierungsversagen in Bezug auf Arbeitsplätze und Löhne sowie wachsende Ängste hinsichtlich der Reaktion der Staaten auf drohende Klimaänderungen und Cyber-Angriffe deutlich. Ein Machtungleichgewicht zwischen den Regierungen, dem reichsten Prozent, den Unternehmen und den erwerbstätigen Menschen bei der Einflussnahme auf die Festlegung von Regeln für die Weltwirtschaft stellt eine Gefahr für die Demokratie dar.



## 1. EINE GLOBALE BESCHÄFTIGUNGSKRISE

### Nicht genügend Arbeitsplätze

73 Prozent der im Rahmen der Weitweiten Umfrage des IGB Befragten machen sich Sorgen über den möglichen Verlust ihrer Arbeitsplätze. In den letzten zwei Jahren war nahezu jede/r Vierte direkt von Arbeitslosigkeit oder der Verkürzung der Arbeitszeit betroffen, entweder am eigenen Arbeitsplatz oder an dem eines Familienmitgliedes.



**Fast jede/r Vierte hat Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit oder Arbeitszeitverkürzung gemacht**

### Nicht genügend Arbeitsplätze für die nächste Generation

Knapp die Hälfte der Befragten geht nicht davon aus, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird. Die Hoffnung darauf, dass die nächste Generation gute Arbeit findet, trägt maßgeblich zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei.

### Arbeitsbedingungen

61 Prozent machen sich Sorgen über eine Schwächung oder Aufhebung der Arbeitsgesetze.

## 2. LOHNSORGEN

### Besorgnis angesichts wachsender Ungleichheit

Überall auf der Welt machen sich fast drei von vier Menschen (74 Prozent) Sorgen angesichts der wachsenden Ungleichheit zwischen dem einen Prozent der Superreichen und dem Rest der Bevölkerung. 56 Prozent sind besorgt über unfaire Konkurrenz durch geringer bezahlte ausländische Arbeitskräfte.

### Familieneinkommen in der Krise

Viele Beschäftigte stehen unter erheblichem finanziellen Druck, und 80 Prozent der Menschen kommen nur gerade so über die Runden. Annähernd die Hälfte der Befragten (45 Prozent) gibt an, dass ihr Familieneinkommen in den letzten beiden Jahren hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist. Lediglich ein Drittel der Befragten (35 Prozent) gibt an, dass ihr Familieneinkommen in den letzten beiden Jahren mit den Lebenshaltungskosten Schritt gehalten hat, und neun Prozent der Befragten haben heute nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens, wie z.B. Wohnung, Lebensmittel und Strom.

### Mindestlohn reicht für ein menschenwürdiges Leben nicht aus

Eine überwältigende Mehrheit von 80 Prozent der weltweit Befragten gibt an, dass der Mindestlohn in ihrem Land nicht ausreicht, um den Beschäftigten ein Leben in Würde zu ermöglichen.

### 3. ANGST VOR KLIMAWANDEL UND CYBER-ANGRIFFEN

Außerhalb des Arbeitsplatzes machen sich 66 Prozent der Menschen Sorgen über den Klimawandel und 63 Prozent über Cyber-Angriffe auf Banken, Regierungen und andere Institutionen.



**66 Prozent der Menschen machen sich Sorgen wegen des Klimawandels.**

### 4. VERSAGEN DER REGIERUNGEN

#### Globale Konzerne an den Hebeln der Macht

Die Regierungen handeln nicht im Interesse der Menschen. Viele fühlen sich einem Wirtschaftssystem ausgeliefert, das die Reichen begünstigt und gegenüber den meisten Menschen nicht gerecht ist. Mehr als sieben von zehn Befragten (71 Prozent) sind der Ansicht, dass erwerbstätige Menschen nicht genügend Einfluss auf die Festlegung der Regeln für die Weltwirtschaft haben, und 53 Prozent befürchten, dass die einzelnen Regierungen über nicht genügend Macht verfügen. 71 Prozent glauben, dass das reichste Prozent der Bevölkerung zu viel Einfluss hat, und 61 Prozent halten die 'Firmeninteressen' für zu mächtig, wenn es darum geht, die Regeln für die Weltwirtschaft festzulegen.

#### Das reichste Prozent legt die Regeln für die Weltwirtschaft fest

80 Prozent aller Befragten sind der Ansicht, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt und gegenüber den meisten Menschen nicht gerecht ist. In keinem einzigen bei der Weltweiten Umfrage des IGB berücksichtigten Land hält die Mehrheit der Befragten das Wirtschaftssystem für gegenüber den meisten Menschen gerecht.

#### Frustriert über nationale Regierungen

Die Menschen sind von ihren Regierungen enttäuscht, wenn es um menschenwürdige Alterseinkommen, Arbeitslosenunterstützung und einen erschwinglichen Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildungsangeboten geht.



**Mehr als sieben von zehn Befragten sind der Ansicht, dass erwerbstätige Menschen nicht genügend Einfluss auf die Festlegung der Regeln für die Weltwirtschaft haben**

## Ein globaler Aktionsplan für die Regierungen

---

In allen bei der Weltweiten Umfrage des IGB berücksichtigten Ländern sprechen sich die Bürgerinnen und Bürger nachdrücklich dafür aus, dass die Regierungen im Interesse der Menschen handeln.

#### Eine massive weltweite Forderung nach der Neudefinition der Regeln für die Weltwirtschaft

Angesichts einer Weltwirtschaft, in der das reichste Prozent und Firmeninteressen zu viel und die Arbeitnehmer/innen und Regierungen zu wenig Einfluss haben, sowie in Anbetracht eines Wirtschaftssystems, das nach

Ansicht der überwältigenden Mehrheit der Befragten die Reichen begünstigt, hält es die große Mehrheit der Befragten (85 Prozent) für an der Zeit, die Regeln für die Weltwirtschaft neu zu definieren, um das Wachstum zu fördern und den Wohlstand zu teilen.

93 Prozent halten es für wichtig, dass ihre Regierung Position gegen den Missbrauch rechtsstaatlicher Verfahren durch Konzerne bezieht.

# EIN AKTIONSPLAN FÜR DIE REGIERUNGEN

1



## Die Macht der Unternehmen in globalen Lieferketten eindämmen

- Sicherstellen, dass die Unternehmen ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen **(77 Prozent)**
- Neue Regeln für multinationale Unternehmen einführen, um die Ausbeutung der Beschäftigten in ihren Lieferketten zu beenden **(71 Prozent)**

2



## Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen

- Sich um eine Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte bemühen **(71 Prozent)**
- Sich für mehr Wohlstand für alle einsetzen **(87 Prozent)**
- Sich für Menschen- und Arbeitnehmerrechte einsetzen **(91 Prozent)**
- Sich für Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeit einsetzen **(95 Prozent)**
- Ausbildungsplätze schaffen und lebenslanges Lernen ermöglichen **(74 Prozent)**

3



## Sklaverei beenden

- Gegen moderne Sklaverei und Diskriminierung eintreten **(90 Prozent)**

4



## Klimawandel

- Einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen fördern **(66 Prozent)**
- Für Maßnahmen gegen den Klimawandel einsetzen **(85 Prozent)**

5



## Zukunft der Arbeit

- Beschäftigung und Arbeitnehmerrechte fördern, indem die digitale Wirtschaft reguliert wird **(64 Prozent)**

6



## Pflegewirtschaft

- Durch Investitionen in die Pflege bzw. Betreuung von älteren und behinderten Menschen sowie von Kindern im Vorschulalter Arbeitsplätze schaffen **(79 Prozent)**
- Sichere Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte für inländische und zugewanderte Arbeitskräfte verteidigen **(57 Prozent)**
- Sich für die Pflege bzw. Betreuung von Kindern, älteren und kranken Menschen einsetzen **(94 Prozent)**

7



## Gleiche Rechte

- Gegen die Diskriminierung von Frauen eintreten **(88 Prozent)**
- Gegen die Diskriminierung von indigenen Bevölkerungsgruppen eintreten **(83 Prozent)**
- Gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung eintreten **(78 Prozent)**

8



## Frieden und Sicherheit

- Mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um Frieden, Arbeitsplätze und Menschenrechte zu fördern **(67 Prozent)**
- Sich für demokratische Rechte und Freiheiten einsetzen **(89 Prozent)**

## Die Zukunft der Arbeit: Angst um Arbeitsplätze, nicht vor Technologie

Die Angst vor den Auswirkungen des technologischen Wandels, ob Robotertechnik oder Automatisierung, ist bei den Diskussionen in vielen Ländern allgegenwärtig. Bei der Weltweiten Umfrage wurde anhand sieben positiver und negativer Aussagen über neue Technologien nach den Einstellungen in 16 Ländern gefragt. Es besteht große Übereinstimmung bezüglich der positiven Auswirkungen der Technologie und konkrete Besorgnis um Arbeitsplätze.

### Neue Technologien und Arbeitsplätze

- **70 Prozent** glauben, dass neue Technologien neue Arbeitsplätze schaffen
- **69 Prozent** glauben, dass neue Technologien die CO2-Bilanz von Arbeitsplätzen reduzieren
- **63 Prozent** glauben, dass neue Technologien Arbeitsplätze überflüssig machen
- **55 Prozent** glauben, dass neue Technologien Arbeitsplätze sicherer machen

### Neue Technologien und Löhne & Arbeitsbedingungen

- **85 Prozent** glauben, dass neue Technologien die Arbeit für Menschen leichter machen
- **80 Prozent** glauben, dass neue Technologien zu besseren Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer beitragen
- **55 Prozent** glauben, dass neue Technologien die Löhne der Arbeitnehmer senken

### Arbeitsgesetze und Sozialschutz und die Rolle der Gewerkschaften

Obwohl die Regierungen in vielen Ländern der Welt die Aushebelung der Arbeitsgesetze und Schutzmaßnahmen im Visier haben, macht die Weltweite Umfrage des IGB deutlich, dass eine Vielzahl von Arbeitsgesetzen, einschließlich des Streikrechts, außergewöhnlich deutliche Zustimmung findet (**73 Prozent**).

Generelle Zustimmung finden Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten bei der Arbeit (**96 Prozent**) und Gesetze zur Festlegung und zum Schutz eines akzeptablen Mindestlohns (**93 Prozent**).

Auch die Rolle der Gewerkschaften am Arbeitsplatz findet deutliche Zustimmung, wobei **85 Prozent** der Menschen das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft und **91 Prozent** der Menschen das Recht auf Tarifverhandlungen für wichtig halten.

Weltweit wollen drei von vier Menschen, dass die Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen.

Die Verantwortung des Staates für sozialen Basisschutz, der den Menschen Zugang zu Bildungsangeboten und medizinischer Versorgung gewährt und eine angemessene Altersversorgung, Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub und Leistungen bei Arbeitslosigkeit sicherstellt, wird von der Öffentlichkeit mit überwältigender Mehrheit anerkannt: Für jede der fünf genannten Maßnahmen haben sich zwischen **89** und **94 Prozent** der Befragten ausgesprochen.

An diesem Bild hat sich seit der ersten Weltweiten Umfrage des IGB im Jahr 2012 nichts geändert.

### Arbeitsgesetze – Zustimmung

- Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Arbeitssicherheit von Arbeitern und Angestellten (**96 Prozent**)
- Gesetze zur Festlegung und zum Schutz eines akzeptablen Mindestlohns für Arbeiter und Angestellte (**93 Prozent**)
- Gesetze, die Arbeitern und Angestellten das Recht auf Tarifverhandlungen verleihen, damit sie sich für gerechtere Löhne/Gehälter und Arbeitsbedingungen zusammenschließen können (**91 Prozent**)
- Gesetze, die Arbeitern und Angestellten das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verleihen (**85 Prozent**)
- Gesetze zum Schutz des Streikrechts (**73 Prozent**)

### Sozialschutz – Zustimmung

- Erschwinglicher Zugang zu Bildungsangeboten (**94 Prozent**)
- Angemessene Altersversorgung (**94 Prozent**)
- Erschwinglicher Zugang zu medizinischer Versorgung (**94 Prozent**)
- Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub (**92 Prozent**)
- Leistungen bei Arbeitslosigkeit (**89 Prozent**)

## Zehn Erkenntnisse über die Welt im Jahr 2017

1

**Ängste und Machtungleichgewichte schüren das Misstrauen gegenüber den Regierungen.** Der Einfluss des reichsten Prozents stellt eine Gefahr für die Demokratie dar, wenn 71 Prozent der Menschen der Ansicht sind, dass das eine Prozent zu großen Einfluss auf die Weltwirtschaft ausübt und 53 Prozent glauben, dass ihre eigene Regierung nicht genügend Einfluss hat.

2

**In Bezug auf Arbeitsplätze versagen die Regierungen weltweit.** Sie haben die Verantwortung für Investitionen in die Beschäftigung so gut wie abgetreten, und die Folge ist massive Unsicherheit. 73 Prozent der Menschen haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Nahezu die Hälfte aller Befragten glaubt nicht, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird.

3

**Angesichts der Profitgier der Unternehmen haben die Regierungen den Wohlstand der Menschen durch niedrige Löhne und unsichere Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt.** 80 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass der Mindestlohn nicht ausreicht, um ein angemessenes Auskommen zu ermöglichen.

4

**Die Regierungen lassen ihre Bevölkerung im Stich und das nährt Populismus und gefährdet stabile Demokratien.** In Europa, wo an Demokratie geglaubt wird, haben 75 Prozent der Menschen nicht das Gefühl, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genügend Einfluss auf die Festlegung der Regeln für die Weltwirtschaft haben.

5

**Der IWF und die Vertreter der Zentralbanken halten an dem Mythos fest, dass eine mit einem Hungerlohn vergütete Arbeit besser ist als gar keine Arbeit.** 86 Prozent der Arbeitslosen halten den Mindestlohn für nicht hoch genug, um davon in Würde leben zu können.

6

**Die Menschen lassen sich durch Technophobie gegenüber Robotern, künstlicher Intelligenz und Automatisierung nicht täuschen, aber sie haben Angst um ihre Arbeitsplätze.** Während 85 Prozent der Ansicht sind, dass neue Technologien die Arbeit erleichtern und 80 Prozent glauben, dass neue Technologien zu besseren Arbeitsbedingungen beitragen, fürchten 63 Prozent, dass neue Technologien Arbeitsplätze überflüssig machen.

7

**Die Menschen sind in Sachen Klimaschutz ehrgeiziger als ihre Regierungen.** 66 Prozent wollen, dass ihre Regierungen einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen fördern, und 85 Prozent sind der Ansicht, dass es der Welt besser ginge, wenn sich die Regierungen stärker für Maßnahmen gegen den Klimawandel einsetzen würden.

8

**Die Menschen in verschiedenen Ländern überall auf der Welt teilen gemeinsame Werte,** wenn es um ineinandergreifende globale Herausforderungen geht. Sie wissen, was sie wollen, um die Welt zu verbessern. 90 Prozent der Menschen wollen eine Welt mit Arbeitsplätzen und menschenwürdiger Arbeit, mit Menschen- und Arbeitnehmerrechten, demokratischen Rechten und Freiheiten, in der wir uns um Kinder, kranke und ältere Menschen kümmern, den Wohlstand teilen und Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen.

9

**Regierungen, die Tarifverhandlungsgesetze aushebeln, tun dies entgegen dem Willen der Menschen.** In neun Ländern (USA, Kanada, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Deutschland, Belgien, Brasilien, Japan, Südafrika), in denen der IGB seit 2012 die Einstellung der Öffentlichkeit untersucht, hat die Zustimmung zu Gesetzen, die den Beschäftigten das Recht auf Tarifverhandlungen zugestehen, von 84 Prozent im Jahr 2012 auf 89 Prozent im Jahr 2017 zugenommen.

10

**Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften bilden im Entscheidungsprozess ein Gegengewicht zu den vorherrschenden Wirtschaftsinteressen.** 75 Prozent der Menschen glauben, dass die Gewerkschaften eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen.



Anhang

Zentrale Ergebnisse



## Q4 Weltweite Besorgnis

Wie besorgt sind Sie persönlich über die folgenden Themenbereiche in Deutschland?

	Sehr besorgt	Eher besorgt	Ein wenig besorgt	Überhaupt nicht besorgt	Weiß nicht
Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren	<b>39</b>	34	21	6	0
Klimawandel	<b>32</b>	34	24	10	0
Unfaire Konkurrenz aufgrund billigerer ausländischer Arbeitskräfte	<b>24</b>	32	27	16	0
Wachsende Ungleichheit zwischen den reichsten 1% und dem Rest der Bevölkerung	<b>42</b>	32	17	8	0
Schwächung oder sogar Aufhebung von Arbeitsgesetzen	<b>27</b>	34	24	14	0
Einkommens- und Chancenungleichheit zwischen Männern und Frauen	<b>20</b>	33	28	18	0
Cyber-Angriffe auf Banken, Regierungen und andere Institutionen	<b>28</b>	35	26	10	0
Technologien, die Arbeitsplätze überflüssig machen	<b>19</b>	32	31	19	0

## Q5 Arbeitsgesetze

Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die folgenden Gesetze, ob Sie jeweils voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen sind.

	Voll und ganz dafür	Eher dafür	Eher dagegen	Voll und ganz dagegen	Weiß nicht
Gesetze, die Arbeitern und Angestellten das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verleihen	<b>42</b>	43	11	4	0
Gesetze, die Arbeitern und Angestellten das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen verleihen, damit sich diese für gerechtere Löhne/Gehälter und Arbeitsbedingungen zusammenschließen können	<b>47</b>	44	8	2	0
Gesetze zur Festlegung und zum Schutz eines akzeptablen Mindestlohns für Arbeiter und Angestellte	<b>63</b>	30	5	1	0
Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Arbeitssicherheit von Arbeitern und Angestellten	<b>71</b>	25	3	1	0
Gesetze zum Schutz des Streikrechts	<b>29</b>	44	20	7	0

## Q7 Sozialschutz/Soziales Sicherheitsnetz

Wären Sie voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen, dass die Regierung an der Bereitstellung folgender Leistungen für Arbeiter und Angestellte arbeitet?

	Voll und ganz dafür	Eher dafür	Eher dagegen	Voll und ganz dagegen	Weiß nicht
Leistungen bei Arbeitslosigkeit	<b>47</b>	42	9	2	0
Angemessene Altersversorgung	<b>68</b>	26	4	2	0
Erschwinglicher Zugang zu medizinischer Versorgung	<b>69</b>	25	4	2	0
Erschwinglicher Zugang zu Bildungsangeboten	<b>66</b>	28	4	1	0
Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub	<b>57</b>	35	6	2	0

## Q8 Aufrechterhaltung des Sozialschutzes/Sozialen Sicherheitsnetzes

Wie würden Sie die aktuelle Leistung der deutschen Bundesregierung bei der Aufrechterhaltung folgender Errenschaften beurteilen?

	Sehr gut	Gut	Schlecht	Sehr schlecht	Weiß nicht
Leistungen bei Arbeitslosigkeit	<b>11</b>	43	34	11	0
Angemessene Altersversorgung	<b>14</b>	31	39	16	0
Erschwinglicher Zugang zu medizinischer Versorgung	<b>17</b>	38	31	13	0
Erschwinglicher Zugang zu Bildungsangeboten	<b>17</b>	40	31	12	0
Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub	<b>17</b>	50	25	7	1

## Q9 Globaler Aktionsplan für die Regierungen

Sollte die deutsche Bundesregierung Ihrer Ansicht nach in den folgenden Bereichen mehr oder weniger unternehmen?

	Mehr unternehmen	Weniger unternehmen	Soviel unternehmen wie bisher	Weiß nicht
Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen	<b>77</b>	7	16	0
Arbeitsplätze schaffen, indem in Senioren-, Behinderten- und Vorschulkinderbetreuung investiert wird	<b>80</b>	6	15	0
Sich um eine Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte bemühen	<b>71</b>	8	21	0
Beschäftigung und Arbeitsrechte fördern, indem der digitale Handel reguliert wird	<b>63</b>	9	27	1
Sichere Arbeitsplätze und Arbeiterrechte für inländische und zugewanderte Arbeitnehmer verteidigen	<b>57</b>	13	30	0
Einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen fördern	<b>66</b>	10	24	0
Neue Regeln für multinationale Unternehmen einführen, um die Missstände für Arbeitnehmer in deren Lieferketten zu beenden	<b>70</b>	8	21	1
Mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um Frieden, Arbeitsplätze und Menschenrechte zu fördern	<b>66</b>	9	24	0
Ausbildungsplätze und Programme für lebenslanges Lernen ermöglichen	<b>74</b>	6	20	0



### Q13 Mindestlohn

Sind die in Deutschland gezahlten Mindestlöhne Ihrer Meinung nach hoch genug, um Arbeitnehmern ein angemessenes Auskommen zu ermöglichen?

	Total	US	CA	UK	FR	DE	BE	BR	JP	ZA	CN	IN	RU	AR	GT	DK	KR
Ja	20	25	19	27	20	17	24	2	16	14	24	36	3	9	3	58	10
Nein	80	75	81	73	80	83	75	98	84	85	76	64	97	91	97	42	90
Weiß nicht	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0

### Q14 Wer profitiert hauptsächlich vom Wirtschaftssystem?

Sind Sie der Meinung, dass das deutsche Wirtschaftssystem generell die Reichen begünstigt oder den meisten Menschen in Deutschland gegenüber gerecht ist?

	Total	US	CA	UK	FR	DE	BE	BR	JP	ZA	CN	IN	RU	AR	GT	DK	KR
Begünstigt die Reichen	79	73	80	78	81	82	82	92	68	78	73	71	89	80	95	62	93
Gegenüber den meisten Menschen gerecht	20	27	19	22	18	18	17	8	32	22	27	29	10	19	5	38	7
Weiß nicht	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0

### Q15 Wer entscheidet über die Wirtschaftspolitik?

Wie viel Einfluss auf die globale Wirtschaft haben Ihrer Meinung nach die Folgenden?

	Zu viel Einfluss	Nicht genug Einfluss	Das richtige Maß an Einfluss	Weiß nicht
Firmeninteressen	61	21	18	1
Arbeitnehmerschaft	12	71	17	0
Die deutsche Bundesregierung	26	52	21	0
Die reichsten 1% der Bevölkerung	70	16	13	0

### Q16 Maßnahmen, damit es der Welt besser geht

Sagen Sie mir bitte, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht.

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
Der Welt ginge es besser, wenn sich die nationalen Regierungen mehr für WOHLSTAND FÜR ALLE einsetzen würden	45	42	10	3	0
Der Welt ginge es besser, wenn sich die nationalen Regierungen mehr für MAßNAHMEN GEGEN DEN KLIMAWANDEL einsetzen würden	45	40	11	4	0
Der Welt ginge es besser, wenn sich die nationalen Regierungen mehr für MENSCHEN- UND ARBEITNEHMERRECHTE einsetzen würden	49	42	7	1	0
Der Welt ginge es besser, wenn sich die nationalen Regierungen mehr für DEMOKRATISCHE RECHTE UND FREIHEITEN einsetzen würden	46	43	8	2	0

